

<b>Zeitschrift:</b>	Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz : Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes
<b>Herausgeber:</b>	Schweizerischer Gewerkschaftsbund
<b>Band:</b>	4 (1912)
<b>Heft:</b>	1
<b>Rubrik:</b>	Internationale Gewerkschaftsbewegung

### Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 22.02.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

men. Sie haben sich getäuscht. Die eidgenössischen Baubehörden trugen der Bewegung Rechnung, indem sie die Frist zur Eingabe für die Postarbeiten auf volle drei Monate verlängerten. Also auch die Behörde stellte sich schon anfangs auf Seiten der Unternehmer. Nun wurden Unterhandlungen probiert durch das kantonale Justizdepartement; der Baumeisterverband hat den Unternehmern ein Eintreten in dieselben verboten. Die Meister wussten nun, dass ihnen der Baumeisterverband einen längeren Kampf aufzotroyert hatte und machten sich auf die Socken, bezügliche Massnahmen zu treffen, um doch die in Aussicht stehenden Arbeiten übernehmen zu können. In erster Linie wurden die «schwarzen Listen» versandt; also zuerst sperrt man die Leute aus, dann sendet man ihnen noch schwarze Listen nach. Der Verband hat allerdings gefunden, dass dies über den Rahmen der «sittlichen Wege» hinausgehe und die Meister zur Zahlung einer bezüglichen Entschädigung eingeklagt. Ein Prozess ist hängig, der wohl von den höchsten Instanzen entschieden werden wird. Dann aber, als es daran ging, die Ausgesperrten für ihr Gut haben zu entlönen, erfrechten sich diese Handlanger des Baumeisterverbandes, nicht nur *nicht* die letzten Arbeiten auszuzahlen, sondern noch Abzüge von 5 Prozent, seit dem 1. August rückgängig, zu machen. Diese Abzüge veranlassten einen zweiten Prozess. Von den Ausgesperrten konnten in Bälde zirka 50 Mann auswärts beschäftigt werden, teilweise war dies nur unter unrichtiger Namensangabe geschehen.

Jetzt ging die Hetze los. In erster Linie wollten die Meister den beschäftigten Ausgesperrten das Leben so sauer wie möglich machen, was ihnen grösstenteils nicht gelungen ist, und dann begaben sie sich auf die Suche nach Streikbrechern. Dreimal haben sie probiert, in Süddeutschland Leute anzuwerben, und weil es nun gerade dem Winter entgegenging, also einer Zeit der Arbeitslosigkeit, glaubte man schon, es werde ihnen dies gelingen. Tatsächlich haben sie auch in diesen drei Reisen, die den Baumeisterverband einige Tausend Franken gekostet haben mögen, nur vereinzelte Steinhouer aufzutreiben können, die aber abgehalten werden konnten, Streikbrecherdienste zu leisten. Dann zogen die Agenten der Meister nach Ungarn; hier haben sie mindestens 2000 Kronen gespendet, aber «leider» auch wieder ohne befriedigendes Resultat, und trotzdem sie schriftliche Erklärungen dort abgaben und vom Schweizer Konsulat bescheinigen liessen, dass kein Streik und keine Aussperrung am Orte sei, gelangten sie nicht zu ihrem Ziel. Wohl konnten sie etwa 40 Mann anwerben, denen sie Fahrt und alles mögliche bezahlten, aber die Organisation brachte es im richtigen Moment noch fertig, auch diesen Trupp abzuhalten.

Nun allerdings scheint irgendein böser Geist sie in den für sie günstigen Winkel gewiesen zu haben, denn sie wandten sich nunmehr in die schwärzeste Gegend Deutschlands, nach der Pfalz; hier konnten sie Arbeitswillige aufzutreiben, allerdings auch wieder nur mit Hilfe der grössten Lügen. Kurz und gut, der erste Trupp dieser Leute kam, und erst als sie sahen, dass sie betrogen waren, reiste ein Teil derselben ab. Jetzt galt es für die Unternehmer das Möglichste anzuwenden, um die übrigen am Orte zu halten und noch mehr solcher Kreaturen herbeizulocken. Sie haben dann die Löhne um 10 bis 20 Prozent nach dem bisher üblichen Tarife erhöht und sich dadurch des Bleibens der Gesellschaft versichert.

Um aber auf die staatlichen Arbeiten reflektieren zu können, mussten die Unternehmer eine grössere Anzahl Arbeiter beschäftigt haben, und mit Aufwendung einiger Tausend Franken, welche die Kasse des Baumeisterverbandes erleichterte, gelang es ihnen schliesslich, etwa 65 Streikbrecher aufzutreiben. An Zucht diesen gegenüber liessen sie es nicht fehlen, denn auf der

Arbeit darf sich keiner erfrechen, nur den Kopf zu heben; am Abend oder am Sonntag müssen sie immer in Gruppen zusammen, wie Schafe, spazieren. Als sie über die Feiertage doch auch heim wollten (in die Pfalz), wurden sie wiederum von einem Meister begleitet, der die ganze Zeit nicht von ihnen wegging. Die Organisation hat das möglichste getan, diese Kreaturen zu belehren und sie auf das Verwerfliche ihrer Handlungsweise aufmerksam zu machen. Es war zwecklos. Selbst ihre eigenen Landsleute in der Pfalz hatten keine Einwirkung auf sie.

Dadurch, dass diese Streikbrecher nicht wegzubringen waren, zog sich die Bewegung in die Länge. Doch alle Anstrengungen der Unternehmer, einen Teil der Ausgesperrten auf ihre Seite zu bringen, scheiterten. Obwohl der Kampf heute schon 16 Wochen dauert, obwohl die Beteiligten mit ihren grossen Familien schon Not leiden mussten, ist noch keiner abgefallen. Zirka 40 Mann sind noch am Orte, die übrigen anderweitig beschäftigt.

Ruhig, ohne dass die übrige Arbeiterschaft viel davon wahrnimmt, vollzieht sich in St. Margrethen ein für die Steinarbeiterorganisation bedeutungsvoller Kampf. Ausschreitungen sind bis jetzt keine vorgekommen, mit Ausnahme derjenigen, die die Meister selbst inszenieren. So hat ein Meister kürzlich einen Steinhauer und einen Maurer blutig geschlagen, einem andern passten sie ab und bewarfen ihn auf offener Strasse mit Steinen. Nachts sind es die gleichen Meister, die mit dem Revolver in der einen, mit dem Gummischlauch in der andern Hand die Gegend unsicher machen. Auch haben sie alle ihre Kreaturen mit Gummischläuchen versehen, um dreinhaben zu können. Und die Polizei — wie gewohnt — hilft dieser Gesellschaft. Selbst die kantonale Polizeidirektion hat den Meistern das Hantieren mit Revolvern ausdrücklich gestattet.

Die Bevölkerung hält es mit beiden Parteien. Sie schimpft und wettert über die Arbeiter gerade so wie über die Meister. Die Gastwirte sind froh, wenn sie die angekommenen Streikbrecher nach Möglichkeit ausbeuten können, aber weiter wollen auch sie mit dieser Bande nichts zu tun haben. (Das heisst die berühmte öffentliche Meinung hat keine Meinung als die, vor Schaden bewahrt zu bleiben. Red.)

So geht der Kampf ruhig weiter, und es können erst die in nächster Zeit zu vergebenden Staatsarbeiten einen Einfluss auf eine Aenderung desselben erwirken. So viel aber sind sich die Sandsteinhouer der ganzen Nord- und Ostschweiz klar, dass ein Misserfolg der Bewegung in St. Margrethen die Arbeits- und Lohnverhältnisse auch der übrigen Orte ungünstig beeinflussen wird, und dass diejenigen Postulate, welche der Baumeisterverband hier durchdrücken könnte, in kurzer Zeit auch in andern Orten zur Einführung gelangen könnten. Deshalb halten die Steinarbeiterorganisation sowie der Baumeisterverband mit solcher Zähigkeit an ihren Forderungen fest.



## Internationale Gewerkschaftsbewegung.

### Aus der französischen Gewerkschaftsbewegung.

Seit einiger Zeit macht sich eine gewisse *Ausländerhetze* in Frankreich geltend, und zwar vornehmlich im Hotelgewerbe. Die Arbeitsbedingungen sind in diesem Berufe infolge der Indifferenz der Angestellten hier ebenso miserabel wie in den andern Ländern. Die Hotel- und Restaurationsangestellten, statt sich die Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen angelegen sein zu lassen, spekulieren auf «bessere» Stellungen, auf ein Aufrücken in der Rangstufe, wenn möglich darauf, sich zu etablieren. Die mit Riesenschritten fortschreitende Kapitalskonzen-

trierung im Hotelgewerbe macht letzteres freilich immer unmöglichster. Zu den miserablen Arbeitsbedingungen, bei denen das Kost- und Logisunwesen eine verschlimmernde Rolle spielt, gesellt sich eine schamlose Ausbeutung durch die *Stellenvermittlung*.

Nach einer heftigen Agitation gelang es vor acht Jahren in Frankreich ein Gesetz durchzudrücken, das den Gemeinden das Recht gibt, die privaten Stellenvermittlungsbureaux gegen eine entsprechende Entschädigung zu schliessen. Von diesem Rechte hat die Stadt Paris zuerst Gebrauch gemacht und dabei über 1½ Millionen Franken an die privaten Stellenvermittler gezahlt. Das Resultat war, dass diese sich dem Gesetz «anpassten» und «Gegenseitigkeitsvereine» gründeten, in denen der Stellenvermittler gewöhnlich als Präsident fungiert, die übrigen Familienmitglieder und Freunde desselben die anderen «Vorstandämter» innehaben. Das Aushängeschild wurde geändert, der Stellenvermittler blieb. Wer eine Stelle haben will, muss sich erst in den «Verein» aufnehmen lassen, was je nachdem 3 bis 10 Fr. kostet. Dann heisst es warten oder schmieren. Natürlich muss man auch fortlaufend seine «Beiträge» zahlen, für den Fall einer späteren Arbeitslosigkeit.

Neben diesen privaten Ausbeutern gibt es noch einige gelbe Vereine internationalen Charakters, unter denen der deutsche Kellner-Bund und der Genfer Verein die grössten sind. Diese Vereine sind nicht besser als die privaten Stellenvermittler. Ihre Praktiken gehen ins Unglaubliche. Man unterbietet sich gegenseitig, um mit möglichst viel vermittelten Stellen prunken zu können, und scheut selbst nicht davor zurück, Entlassungen zu provozieren.

Im vergangenen Herbst, wie alljährlich nach Schluss der Badesaison, herrschte hier in Paris — wie übrigens in allen Grossstädten — eine grosse Arbeitslosigkeit im Hotelgewerbe. Nun befand man sich gerade in der Marokkokrise, die eine nationalistische Strömung erzeugte. Daraus erklärt sich die Agitation gegen die Ausländer, vor allem gegen die «Deutschen». Zu den Deutschen rechnet der Franzose gemeinhin nicht nur die Reichsdeutschen, sondern auch die Oesterreicher und die Schweizer. Man schrie von einer deutschen Invasion, verlangte die Schliessung aller ausländischen Stellenvermittlungsbureaux und die Entlassung der ausländischen Hotelangestellten. Es wurden Behauptungen aufgestellt, als ob die «Deutschen» in der grossen Mehrzahl wären. Nach der Berufszählung von 1906 waren in Frankreich in allen Berufen tätig: Deutsche 55,953, Schweizer 45,642 und Oesterreicher 8149. Davon waren im Handel, zu dem auch das Hotelgewerbe gezählt ist, tätig: Deutsche 12,069, Schweizer 11,890 und Oesterreicher 2142. Wieviel davon im Hotelgewerbe tätig sind, haben wir nicht ausfindig machen können. Angenommen die Hälfte davon, 13,000 wären Hotel- und Restaurationsangestellte, so kann man die Uebertreibung der Ausländerhetze ermessen, wenn man weiss, dass im Hotel- und Restaurationsgewerbe in Frankreich über 300,000 Personen beschäftigt sind.

Nun ist richtig, dass in den grossen Fremdenhotels verhältnismässig viel Ausländer beschäftigt werden. Die Ursache dieser Erscheinung, die man auch in anderen Ländern trifft, ist einfach die Tatsache, dass die Fremden nicht immer die Landessprache sprechen, jedenfalls gern in ihrer Muttersprache bedient werden wollen. Der Hotelangestellte ist deshalb mehr als jeder andere Arbeiter genötigt, ins Ausland zu gehen, um fremde Sprachen zu erlernen. Nun mag die Proportion der Ausländer im Hotelgewerbe in Frankreich — und auch in England — grösser als in anderen Ländern sein, was vornehmlich darin seine Ursache hat, dass der französische Hotelangestellte, wie der Franzose überhaupt, nur ungern ins Ausland geht und deshalb verhältnismässig nur sehr wenig sprachenkundig ist.

Man hätte erwarten können, dass seitens der Gewerkschaft, dem französischen Lebensmittelarbeiter-Verband, gegen dieses Treiben energisch Front gemacht würde. Das Gegenteil war jedoch der Fall. Es bedurfte erst eines energischen Protestes seitens der ausländischen Sektion der Hotelangestellten, um Remedur zu schaffen. Es muss allerdings bemerkt werden, dass die Ausländer und unter diesen die Deutschen, und zwar die Reichsdeutschen, sozusagen die einzigen in Frankreich organisierten Hotelangestellten sind. Die andern laufen noch den gelben Vereinen nach, während die Franzosen das Stammpublikum bei den Wettrennen abgeben.

Wir haben diese Frage etwas ausführlicher behandelt, weil infolge des in der Schweiz stark entwickelten Hotelgewerbes verhältnismässig viel Schweizer im Auslande, wenn auch meist nur vorübergehend, als Hotelangestellte tätig sind. Es müsste also von der Schweiz aus darauf hingewirkt werden, dass die Hotelangestellten endlich die gelben Vereine verlassen, die ein unübersteigbares Hindernis für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen im Hotelgewerbe sind.

Paris, 19. Januar 1912.

Josef Steiner.

### Vereinigte Staaten von Nordamerika.

Der 31. Jahrestag des amerikanischen Gewerkschaftsbundes (American Federation of Labor) fand vom 13. bis 25. November v. J. in Atlanta im Staate Georgia statt. 346 Delegierte vertraten 89 Zentralverbände, 20 Lokalvereine, 67 Gewerkschaftskartelle und 25 Staatszentralen von Gewerkschaften. Außerdem waren eine Reihe von Vertretern weltlicher und geistlicher Korporationen sowie «Gegenseitigkeitsdelegierte» von verwandten Gesellschaften, amerikanischen und ausländischen Organisationen anwesend, die durch Ansprachen und Höflichkeitsdemonstrationen einen guten Teil der Arbeitszeit des Kongresses in Anspruch nahmen. Was da noch an zünftigen Formalitäten geleistet wird, davon können wir uns nur schwer eine Vorstellung machen.

Ein ausführlicher *Bericht des Präsidenten* behandelt alle gewerkschaftlichen und sozialpolitischen Vorkommnisse des Berichtsjahrs, das mit dem 30. September schliesst. Natürlich fehlen darin auch die üblichen seichten, langatmigen Ausfälle gegen den Sozialismus nicht, der glaubt, «dass durch ein Zauberwort eine neue Gesellschaft entstehen könne». Wie schief Gompers die Verhältnisse trotz aller «Studienreisen» betrachtet, geht aus seiner Behauptung hervor, dass die europäische Gewerkschaftsbewegung immer mehr von den sozialistischen Utopien zurückkomme und sich der amerikanischen Gewerkschaftspolitik nähre! Diese Politik sei auf die Abschaffung aller Vorrechte und die Schaffung einer reinen Demokratie gerichtet, die dem Arbeiter den vollen Ertrag seiner Arbeit sichere usw., könne also nicht als konservativ bezeichnet werden.

Die angestrebte *Schaffung von Industrieverbünden* geht nur langsam vorwärts. Ein stark ausgeprägter Berufsdunkel steht ihr noch vielfach entgegen. Dem Verband der Bauarbeiter stehen z. B. die Maurer ferne und der Verband der Eisenbahngewerkschaften steckt noch in den Kinderschuhen. Einzig der Verband der Metallarbeitergewerkschaften umfasst so ziemlich alle organisierten Metallarbeiter.

Der Rückblick auf die *sozialpolitischen Fortschritte* im Berichtsjahr ist nicht gerade erfreulich. Zwar kann eine Ausdehnung des Geltungsbereiches des Gesetzes über den Achtstundentag bei Arbeiten der Bundesregierung bezeichnet werden, auch einige fortschrittliche Gesetze über die *Haftpflicht der Unternehmer und Unfallentschädigung* in den Einzelstaaten, das ist aber auch alles.

Die vom Gewerkschaftsbund geförderte Vorlage zur Errichtung eines *Kinderbureaus* im Handelsministerium,

das einen wirksamen Kinderschutz anbahnen soll, ist nicht Gesetz geworden und alle Bemühungen den willkürlichen *Einhaltbefehlen* bei Arbeitskämpfen durch ein Bundesgesetz den Riegel zu stossen, oder durch ein Amendment des Shermanschen *Antitrustgesetzes*, dessen missbräuchliche Anwendung auf die Gewerkschaften zu verhindern, ist bis jetzt nicht gelungen. In der Justiz herrschen ein ähnlicher Geist und dasselbe Tempo. Der Schadenersatzprozess der Hutfabrikanten Löwe & Co. gegen den Hutmacherserverband, der sich bereits acht Jahre hinzieht, ist immer noch nicht erledigt, und die Verfolgung von Gompers, Mitchell und Morrison wegen Missachtung eines Einhaltbefehles (Contempt of court) wird in seinen endlosen juristisch-technischen Verwicklungen zu einem gefundenen Fressen für die Advokaten. Der Bericht lässt sich eingehend über eine ganze Reihe notwendiger sozialer Reformen vernehmen. Insbesondere über die gleichförmige Gestaltung der Arbeiterschutzgesetze in den Einzelstaaten, das *Koalitionsrecht der Staatsarbeiter*, die *Straflingsarbeit*, die *Bergwerksgesetzgebung*, die *Rechte der Seeleute*, die *Lage der Wanderarbeiter*, den *wissenschaftlichen Betrieb* sowie über den *Brand der Triangel-Blusenfabrik* in New-York, bei dem 143 Menschen das Leben verloren.

Eine ausführliche Darstellung des Mac-Namara-Falles, die der Bericht enthält, ist nun durch das Geständnis der Brüder überholt, das kurz nach Schluss des Kongresses erfolgte.

Die bedeutendsten Streiks im Berichtsjahre gingen verloren, nämlich der Streik in den Baldwinschen Lokomotivwerken von Philadelphia und Eddystone, der wegen einer systematischen Massregelung der Organisierten ausbrach und bis zu 12,000 Mann umfasste und der Ausstand in der Damenschneiderei in Cleveland, an dem 8000 Personen, meist Frauen und Kinder, direkt beteiligt waren und der den Verband wöchentlich 20,000 Dollars kostete. Im übrigen ist die Statistik über Streiks, deren Ursachen, Kosten und Ergebnisse äusserst dürftig, lückenhaft und unzuverlässig. Es wurden im Berichtsjahre insgesamt 1359 Streiks gezählt, an denen 170,526 Personen beteiligt waren. Die Gesamtkosten werden mit 4,709,551 Dollars berechnet.

Der Jahresbericht des Sekretärs, Frank Morrison, ist sehr günstig. Die *Gesamtmitgliederzahl* der angeschlossenen Zentralverbände und Lokalvereine ist vom 1. Oktober 1910 bis 30. September 1911 von 1,639,876 auf 1,763,614, also um 123,738 Mitglieder gestiegen. Im Jahresdurchschnitt wurden im Verwaltungsjahre 1911 für 1,756,735 Mitglieder an den Bund Beiträge gezahlt. Die Verbände nahmen von 120 auf 115 ab, ihre Mitgliedschaft stieg jedoch von rund 1,541,900 auf 1,729,400, die Lokalvereine, die Berufen angehören, in denen die Zahl der Organisierten zur Bildung von Verbänden noch zu gering ist, nahmen von 647 auf 680 zu, ihre Mitgliederzahl von rund 20,200 auf 27,300. Neu angeschlossen haben sich im Berichtsjahre u. a. die Erzbergarbeiter (Western Federation of Miners) mit 51,300 Mitgliedern. Die folgende Tabelle zeigt die Mitgliederzahl der zehn stärksten Verbände.

	Mitgliederzahl 1910	Mitgliederzahl 1911
Kohlenbergarbeiter	233,700	250,400
Brüderschaft der Zimmerer u. Bautischler	190,400	194,600
Maler und Dekorateure	63,500	67,600
Maschinenbauer	56,900	67,100
Frauenkleidermacher	18,700	66,800
Konfektionskleidermacher	54,200	52,500
Typographenverband	49,100	51,800
Erzbergarbeiter (Western Feder. of Min.)	?	51,300
Gieserer	50,000	50,000
Musiker	40,000	50,000

Die *Einnahmen* des Gewerkschaftsbundes beliefen sich im Berichtsjahre auf 182,189, die *Ausgaben* auf

175,524 Dollars. Der Kassenbestand stieg von 182,915 auf 189,580 Dollars. Die grössten Ausgabeposten sind: Belege der Organisatoren 46,962 Dollars, Gehälter und Löhne 36,587 Dollars, Zentralorgan, American Federationist 20,914 Dollars, Rechtsschutz 13,362 Dollars. — Eigene *Gewerkschaftsmarken* (Labels) zur Kennzeichnung ihrer Produkte haben 58 Verbände eingeführt. Lokalvereine bedienen sich vielfach der allgemeinen Marke des Bundes.

Die Verhandlungen boten nicht viel des Interessanten. Grenzstreitigkeiten, Organisationsfragen, Propaganda und Statutenrevision nahmen einen grossen Teil der Zeit in Anspruch. Dann kam wieder eine Flut von Ansprachen und Berichten von Gegenseitigkeitsdelegierten und — *kirchlichen Abgesandten*, die nicht etwa bloss *geduldet*, sondern ausge-prochenerweise *gerne gesehen sind*. Anträge und Resolutionen brachten nichts Neues, viele wurden der Exekutive zur Behandlung überwiesen. — Einen längeren Bericht erstattete James Duncan über seine Teilnahme an der *internationalen Gewerkschaftskonferenz in Budapest* und den dort erfolgten Zusammenstoss mit dem Delegierten der syndikalistischen «Industriearbeiter der Welt» (Industrial Workers of the World). Dabei war seine Beurteilung der syndikalistischen Strömungen in Amerika eine äusserst oberflächliche. Es unterliegt gar keinem Zweifel, dass diese Bewegung zu einer Gefahr für die amerikanische Gewerkschaftsbewegung werden kann, wenn sich Gompers & Co. nicht entschliessen, ihre anstössigen Verbindungen mit heuchlerischen Pfaffen und bürgerlichen Protektoren zu kündigen, eine ehrliche klassenbewusste Politik zu treiben und damit dem Syndikalismus das Wasser abzugraben. Aber sie denken vorläufig nicht daran, wie die lebhafte Debatte über die «Civic Federation» zeigte, der Gompers und andere Gewerkschaftsführer als Mitglieder und Funktionäre angehören. Diese «Civic Federation» — zu deutsch *Bürgerverband* — ist angeblich zu dem Zwecke gegründet worden, die Interessen von Kapitalisten und Arbeitern in Einklang zu bringen, besorgt in Wirklichkeit aber die Geschäfte der Bourgeoisie und zählt in ihrem Vorstand notorische Arbeiterfeinde, die auf die Schwächung und Zerstörung der Arbeiterorganisationen hinarbeiten. Dem Kongress lagen verschiedene Anträge vor, die in mehr oder minder scharfer Fassung verlangten, dass die Gewerkschaftsbeamten jede Verbindung mit dem Bürgerverband lösen sollen. An ihre Annahme war von vornherein nicht zu denken; die Antragsteller wollten auch nur den ganzen Harmonieswindel aufdecken, ihren Klassenstandpunkt darlegen und die sozialistischen Stimmen im Gewerkschaftsbunde zählen. Der Erfolg war in hohem Grade ermutigend. Trotz einer verzweifelten Mohrenwäsche an der «Civic Federation» wurden gegen den Bericht der vorberatenden Kommission, die die Ablehnung der Resolution empfahl, 4924 Stimmen abgegeben. (Je hundert Mitglieder berechtigen zu einer Stimme.) Für die Annahme des Berichtes wurden 11.851 Stimmen gezählt bei 505 Stimmehaltungen. Vorläufig kann aber lustig weitergemogelt werden.

Aber es ist den Drahtziehern im Gewerkschaftsbund doch nicht recht wohl bei dieser «vernichtenden Niederlage» (crushing defeat) der Sozialisten. Denn diese haben gar keinen Grund, sich vernichtet zu fühlen und werden den Angriff immer und immer wieder erneuern. Die Verhältnisse sind dazu ausserordentlich günstig. Die rote Flut ist in rapidem Steigen begriffen. Sie wird auch in die Gewerkschaften eindringen, sie mit sich fortreissen und zu einer klaren Erkenntnis ihrer Klassenlage führen. Die Firma Gompers & Co. kann dann ihren Harmoniekram einpacken. — Vorläufig ist sie leider noch am Ruder. Gompers wurde wieder zum Präsidenten gewählt und Rochester als nächster Kongressort bestimmt. u.

Druck und Administration: *Unionsdruckerei Bern, Kapellenstrasse 6.*

 Dieser Nummer liegt der Titelbogen mit Inhaltsverzeichnis für den Jahrgang 1911 bei. — Bestellungen für Einbände nimmt die Redaktion bis 1. März entgegen.